

## **Tarifabschluss zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vom 5.Dezember 1996**

Der Konflikt um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde durch die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) begonnen. Das Lohnfortzahlungsgesetz wurde trotz heftiger Proteste der Gewerkschaften geändert: Statt 100 % Lohnfortzahlung sollten im Krankheitsfall nur noch 80 % des Entgeltes gezahlt werden.

Nach den bundesweiten Protesten in zahlreichen Firmen wendeten etliche Firmen das Gesetz nicht an, sondern zahlten weiterhin 100%. Die Front der Unternehmer bröckelte.

In zahlreichen Verhandlungen in einzelnen Tarifgebieten und auf Spitzenebene des IG Metall Vorstandes und Gesamtmetall über eine tarifliche Regelung der Lohnfortzahlung konnte kein Ergebnis erzielt werden.

In der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember 1996 gelang in Hannover ein Pilotabschluss, der im Manteltarifvertrag die 100 % Lohnfortzahlung regelte. Dieser Abschluss wurde dann in den anderen Tarifgebieten übernommen. Bei Gesamtmetall kam es zu heftigen internen Kontroversen. Der Tarifabschluss wurde allgemein als Niederlage von Gesamtmetall und der Bundesregierung gewertet.

### **Anlagen:**

Flugblätter der IG Metall Bezirksleitung Hannover vom 6.Dezember 1996 und vom 16.Januar 1997

Diverse Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 6. bis 10. 12.1996.





**Niedersachsen schafft den Durchbruch:**

# Das Gesamtpaket ist geschnürt

Die Mauer von Gesamtmetall schien fest zementiert. Alle Verhandlungen waren gescheitert. Doch in der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember schafften IG Metall und Arbeitgeber für die rund 90 000 Beschäftigten der niedersächsischen Metallindustrie den Durchbruch: Nach dreizehnstündiger Verhandlung konnte morgens um sieben das Gesamtpaket für die Tarifrunde 1997 geschnürt werden.

## Lohn und Gehalt:

- 1,5 Prozent ab 1. April 1997.
  - 2,5 Prozent ab 1. April 1998.
- Für Januar, Februar und März 1997 erhält jeder insgesamt 200 Mark.

## Auszubildende:

**1997:** Nullrunde für 1. Ausbildungsjahr. 1. Jahr: 1090 Mark. 2. Jahr: 1160 Mark. 3. Jahr: 1260 Mark. 4. Jahr: 1340 Mark. Für Januar, Februar und März gibt's insgesamt 60 Mark.  
**1998:** 1. Jahr: 1120 Mark. 2. Jahr: 1190 Mark. 3. Jahr: 1290 Mark. 4. Jahr: 1370 Mark.

Das wichtigste Ergebnis: Die 100prozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bleibt erhalten und wird im Tarifvertrag bis zum Jahr 2001 verankert – unabhängig von der gesetzlichen Regelung. Nur die Mehrarbeit wird bei der Berechnung nicht mehr berücksichtigt. „Damit haben wir für fünf Jahre Sicherheit und für andere ein Zeichen gesetzt“, sagte Bezirksleiter Jürgen Peters. Darüber hinaus konnte ein Zuschuß für Langzeitkranke vereinbart werden, der die gesetzliche Kürzung des Krankengeldes von 80 auf 70 Prozent nahezu wieder ausgleicht. Dafür wird das Weihnachtsgeld von 60 auf 55 Prozent neu festgesetzt. Die Differenz von fünf Prozent wird in die Zuschußzahlungen für Langzeitkranke umgewandelt. Beim Geld wurde der Kompromiß von Nordrhein-Westfalen zugrunde gelegt: Ab 1. April 1997 erhöhen sich Löhne und Gehälter um 1,5 Prozent, ab

1. April 1998 um weitere 2,5 Prozent. Für die ersten drei Monate 1997 erhält jeder insgesamt 200 Mark. Die Azubis, auch im ersten Ausbildungsjahr, bekommen 60 Mark. Das 1994 „eingefrorene“ Urlaubsgeld in Höhe von 50 Prozent für sechs Wochen wird „aufgetaut“ und ab 1997 auf der Basis der aktuellen Löhne und Gehälter gezahlt. Die von den Arbeitgebern gekündigten Bestimmungen zum Urlaub, Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden wieder in Kraft gesetzt und sind erstmals Ende 2001 kündbar. Durch freiwillige Betriebsvereinbarung kann Freizeitausgleich bei Mehrarbeit geregelt werden – ein kleiner Beitrag zur Beschäftigungssicherung. Zur Gesundheitsförderung wurden Eckpunkte vereinbart. Darüber hinaus kann durch freiwillige Betriebsvereinbarung ein Bonussystem in Abhängigkeit vom Krankenstand vereinbart werden.

Das Volumen des Bonussystems beträgt insgesamt zehn Prozent eines Monatsverdienstes. Dafür können fünf Prozent des Weihnachtsgeldes einbezogen werden.

**Die Tarifkommission hat dem Ergebnis einstimmig zugestimmt. Die Details des Ergebnisses im Innenteil.**

## Mehrarbeit:

- Mehrarbeit wird künftig bei allen bezahlten Ausfallzeiten (z. B. Urlaub etc.) herausgerechnet.
- Freizeitausgleich durch freiwillige Betriebsvereinbarung.

## Urlaubsgeld:

Das Urlaubsgeld wird „aufgetaut“ und bleibt unangetastet: 50 Prozent für sechs Wochen auf der Basis der aktuellen Einkommen (erstmal kündbar: 31. Dezember 2001).

## Urlaub:

Die gekündigte Regelung zum Urlaub wird unverändert wieder in Kraft gesetzt (erstmal kündbar: 31. Dezember 2001).

## Lohnfortzahlung:

- Die Lohnfortzahlung bleibt unverändert bei 100 Prozent und ist erstmals Ende 2001 kündbar.
- Mehrarbeit wird bei der Berechnung nicht berücksichtigt.
- Zuschuß für Langzeitarbeitslose ab der 7. Woche für drei Monate. Dafür wird das Weihnachtsgeld von 60 auf 55 Prozent herabgesetzt.
- Bonussystem zur Gesundheitsförderung per freiwilliger Betriebsvereinbarung.



**Druck gemacht:** 30 000 Niedersachsen protestierten am 24. Oktobe



# 001 sicher verankert

Prozent für sechs Wochen) und wird ab 1997 wieder auf der Basis der **aktuellen Einkommen** berechnet.

## Sonderzahlung

Die von den Arbeitgebern gekündigte Regelung zur Sonderzahlung wird wieder in Kraft gesetzt und auf 55 Prozent neu festgesetzt (siehe oben). Sie ist erstmals zum 31. Dezember 2001 kündbar. Mehrarbeit wird nicht berücksichtigt. Wie bisher wird nach Betriebszugehörigkeit differenziert: Die Sonderzahlungen betragen je nach Betriebszugehörigkeit von 6 Monaten 25 Prozent, von 12 Monaten 35 Prozent, von 24 Monaten 45 Prozent und von 36 Monaten 55 Prozent.

## Lohn und Gehalt

- Ab 1. April 1997 gibt es 1,5 Prozent.
  - Ab 1. April 1998 gibt es weitere 2,5 Prozent.
- Für die drei Monate Januar, Februar und März 1997 erhält jeder Beschäftigte insgesamt 200 Mark, die mit der Abrechnung für den **Monat Februar** ausbezahlt werden.

## Auszubildende

1997 gibt es für das erste Ausbildungsjahr eine Nullrunde. Die übrigen Jahrgänge erhalten erhöhte Vergütungen, die in folgenden Geldbeträgen ausgewiesen sind: Im zweiten Ausbildungsjahr 1160 DM, im dritten Jahr 1260 DM und im vierten Jahr 1340 DM. Für Januar, Februar und März gibt es insgesamt 60 Mark. Das gilt auch für die Azubis im ersten Ausbildungsjahr. Der Pauschalbetrag wird mit der Abrechnung für den **Monat Februar** ausbezahlt.

1998 werden die Vergütungen auf folgende Beträge erhöht: Auf 1120 DM im ersten Ausbildungsjahr, 1190 DM im zweiten Jahr, 1290 DM im dritten und 1370 DM im vierten Ausbildungsjahr.

## Gesundheitsförderung

Im Manteltarifvertrag wird ein neuer Paragraph mit der Überschrift „Gesundheitsförderung“ aufgenommen. Danach

verpflichten sich die Betriebsparteien zu einer **Bestandsaufnahme** über den Gesundheitszustand im Betrieb.

Auf Grundlage der ermittelten Daten sollen Schwerpunkte der Gesundheitsförderung sowie ein **Maßnahmenkatalog** erarbeitet werden, um „Technik, Arbeitsorganisation, sonstige Arbeitsbedingungen, soziale Beziehungen und Einfluß der Umwelt auf den Arbeitsplatz sachgerecht zu verknüpfen“.

Die Geschäftsleitung hat den Betriebsrat und die Belegschaft **regelmäßig** über die Entwicklung der Gesundheitsquote zu **informieren**.

Damit kann jetzt zum Beispiel einem erhöhten Krankenstand an die Wurzeln gegangen werden, der meist an den Arbeitsbedingungen und vor allem an dem Verhalten von Vorgesetzten liegt.

**Bonussystem:** Darüber hinaus können durch **freiwillige Betriebsvereinbarung** bis zu 10 Prozent eines Monatsentgelts einmal jährlich für einen individuellen oder kollektiven Bonus zur Gesundheitsförderung genutzt werden.

5 Prozent des Volumens können auf die Sonderzahlung angerechnet werden (Untergrenze 50, Obergrenze 60 Prozent). Im Betriebsdurchschnitt darf die Sonderzahlung nicht unter 55 Prozent liegen.

Fehlzeiten infolge Mutterschutz, Arbeitsunfällen und Dauererkrankung dürfen dabei **nicht berücksichtigt** werden. Die Tarifvertragsparteien werden gemeinsam Musterbetriebsvereinbarungen erarbeiten.

**Resümee:** Dieses Bonussystem, das durchaus zu Mißbrauch führen könnte, war der Preis, auf dem die Arbeitgeber bestanden. Die IG Metall hat deshalb darauf gedrungen, daß ein Bonussystem nur auf **freiwilliger Basis** vereinbart werden kann.

## Leistungszulagen

Die Leistungszulagen von neu eingestellten Zeitlöhnern und Angestellten werden in den ersten sechs Monaten bei der Durchschnittsberechnung der Leistungszulage nicht berücksichtigt.

## Mehrarbeit

Grundsätzlich gilt, daß Mehrarbeit nicht als Ersatz für Neueinstellungen genutzt werden soll. Wörtlich heißt es: „Überall wo es möglich ist, sollen **Neueinstellungen** vorgenommen und das Volumen von Mehrarbeit so gering wie möglich gehalten werden.“

Mehrarbeit wird künftig bei allen bezahlten Ausfallzeiten **herausgerechnet**. Das ist ein Zugeständnis der IG Metall,

das manchen, der viele Überstunden kloppt, durchaus schmerzen kann. Andererseits darf Mehrarbeit angesichts 4 Millionen registrierter Arbeitsloser nicht attraktiv gemacht werden, um Neueinstellungen zu ermöglichen.

**Freizeitausgleich:** Durch freiwillige Betriebsvereinbarung kann vereinbart werden, Mehrarbeit in Freizeit auszugleichen. Dieser Passus ist ebenfalls neu. Die IG Metall empfiehlt den Betriebsräten, von dieser Möglichkeit **möglichst häufig** Gebrauch zu machen.

## Erklärungsfrist

Die Erklärungsfrist endet am 10. Dezember um 12 Uhr.

## Das meinen wir



Dieter Krause,  
Blaupunkt  
Hildesheim

„Das Ergebnis bewerte ich außerordentlich positiv. Das war hautnah spürbar, da wir einen Mitverhandler, unseren Personalchef, im Hause haben. Da sind die Meinungen im Vorfeld sehr auseinandergesprochen. Erstaunlich ist das Verhandlungsgeschick der IG Metall, weil das Ergebnis stark von unseren Forderungen geprägt ist.“



Claudia Göbel,  
AEG ZG  
Schlumberger  
Hameln

„Das Ergebnis, das heute auf dem Tisch liegt, sehe ich sehr positiv. Wir haben all das, was die Arbeitgeber eigentlich wollten, verhindern können. Sehr gut finde ich auch die Beschäftigungssicherung in Verbindung mit der Teilzeit. Das ist bei uns in der Belegschaft, und wir sind hauptsächlich Frauen, sehr gut angekommen.“



Wilfried Konowalow,  
Alcatel  
Kabel  
Stadt-hagen

„Das gesamte Paket schätze ich sehr positiv ein, hauptsächlich die Beschäftigungssicherung, weil bei uns im Frühjahr Entlassungen drohen. Und bei der Lohnfortzahlung haben wir mehr, als ich erwartet habe. Man muß die Verhandlungskommission würdigen, daß sie das hinbekommen hat. Auch bei einem Streik hätten wir nicht mehr herausholen können.“



Jürgen Wunnenberg,  
VB-Auto-  
batterie  
Hannover

„In der jetzigen politischen Landschaft ist das ein hervorragendes Ergebnis, das wir ja nicht nur gegen die Arbeitgeber, sondern auch gegen die Bundesregierung durchgesetzt haben. Wir haben uns praktisch zurückgeholt, was Kohl als Rahmenbedingung den Arbeitgebern in die Hände gegeben hat. Das ist sehr schön.“



# Erklärung zum Flächentarifvertrag: Bewährtes Instrument

Die Angriffe gegen den Flächentarifvertrag häuften sich. Deshalb hielten IG Metall und die niedersächsischen Arbeitgeber es für notwendig, in einer Erklärung klar Stellung zu beziehen.

So stimmten beide Seiten überein, daß der Flächentarifvertrag ein „bewährtes und zukunftsweisendes Instrument“ zur Regelung industrieller Arbeitsbeziehungen darstelle. Er schaffe „sowohl Mindestbedingungen für die Beschäftigten“ als auch „weitgehend gleiche Wett-

bewerbs- und Ausgangsbedingungen“ für die Firmen. Auch biete er „genügend Raum“, um durch Betriebsvereinbarungen „betriebspezifische Lösungen“ zu finden. In „besonders gravierenden Fällen“, etwa zur „Abwendung einer Insolvenz“, würden IG Metall und Arbeitgeber wie bisher „Sonderregelungen“ finden. Zur Weiterentwicklung und Reform verpflichteten sich beide Parteien, die Verhandlungen zu einem gemeinsamen Entgelt-Tarifvertrag fortzusetzen.



Lohnfortzahlung: Bis ins Jahr 2001 verankert

## Ab 1. April 1997

## Die neuen Tabellen

## Ab 1. April 1998

### Lohntabelle:

ab 1. 4. 1997 bis 31. 3. 1998

Lohngruppe	% vom Ecklohn	Monatsgrundlohn	Monatsgrundlohn + 13 %	Stundenlohn	Stundenlohn + 13 %
1	85,00 %	2538,-	2868,-	16,67	18,84
2	85,00 %	2538,-	2868,-	16,67	18,84
3	86,33 %	2578,-	2913,-	16,93	19,13
4	88,60 %	2646,-	2990,-	17,38	19,64
5	90,50 %	2702,-	3054,-	17,75	20,06
6	94,50 %	2822,-	3189,-	18,54	20,95
7	100,00 %	2986,-	3374,-	19,61	22,16
8	110,00 %	3285,-	3712,-	21,58	24,39
9	120,00 %	3583,-	4049,-	23,53	26,59
10	133,00 %	3971,-	4488,-	26,08	29,48

### Gehaltstabelle:

ab 1. 4. 1997 bis 31. 3. 1998

Gehaltsgruppe	Grundgehalt	Richtgehalt nach 2 Jahren in dieser Gruppe	Richtgehalt nach 4 Jahren in dieser Gruppe und darüber
1	2482,-	2640,-	2791,-
2	2873,-	3059,-	3249,-
3	3426,-	3644,-	3858,-
4	4024,-	4239,-	4460,-
5	4660,-	4881,-	5103,-
6	5317,-	5536,-	5754,-
7	6000,-	6234,-	6473,-

### Ausbildungsvergütungen:

ab 1. 4. 1997 bis 31. 3. 1998

im 1. Ausbildungsjahr	1090,-
im 2. Ausbildungsjahr	1160,-
im 3. Ausbildungsjahr	1260,-
im 4. Ausbildungsjahr	1340,-

### Lohntabelle:

ab 1. 4. 1998 bis 31. 12. 1998

Lohngruppe	% vom Ecklohn	Monatsgrundlohn	Monatsgrundlohn + 13 %	Stundenlohn	Stundenlohn + 13 %
1	85,00 %	2602,-	2940,-	17,09	19,31
2	85,00 %	2602,-	2940,-	17,09	19,31
3	86,33 %	2643,-	2987,-	17,36	19,62
4	88,60 %	2712,-	3065,-	17,81	20,13
5	90,50 %	2770,-	3130,-	18,19	20,56
6	94,50 %	2893,-	3269,-	19,00	21,47
7	100,00 %	3061,-	3459,-	20,11	22,72
8	110,00 %	3367,-	3805,-	22,11	24,99
9	120,00 %	3673,-	4150,-	24,12	27,26
10	133,00 %	4071,-	4600,-	26,74	30,21

### Gehaltstabelle:

ab 1. 4. 1998 bis 31. 12. 1998

Gehaltsgruppe	Grundgehalt	Richtgehalt nach 2 Jahren in dieser Gruppe	Richtgehalt nach 4 Jahren in dieser Gruppe und darüber
1	2544,-	2706,-	2861,-
2	2945,-	3135,-	3330,-
3	3512,-	3735,-	3954,-
4	4125,-	4345,-	4572,-
5	4777,-	5003,-	5231,-
6	5450,-	5674,-	5898,-
7	6150,-	6390,-	6635,-

### Ausbildungsvergütungen:

ab 1. 4. 1998 bis 31. 12. 1998

im 1. Ausbildungsjahr	1120,-
im 2. Ausbildungsjahr	1190,-
im 3. Ausbildungsjahr	1290,-
im 4. Ausbildungsjahr	1370,-



# Es hat sich gelohnt!



## Niedersachsen war Vorreiter

**K**aum einen Monat ist der Abschluß von Hannover her. Kaum einen Monat ist es her, daß in Niedersachsen der Durchbruch bei der Lohnfortzahlung geschafft wurde. In der denkwürdigen Nacht vom 4. auf den 5. Dezember 1996 ist ein Ergebnis erzielt worden, das Vorreiterfunktion für die gesamte Metallindustrie, aber auch für viele andere Bereiche hatte. Zum Jahreswechsel konnte der DGB vermelden, daß im Zuge dieses Durchbruchs die Lohnfortzahlung jetzt für rund zehn Millionen Beschäftigte gesichert ist. In schneller Folge haben

fast alle Metallbezirke ebenfalls eine Lösung auf Basis des Niedersachsen-Abschlusses gefunden. Auch in der Chemieindustrie ist ein ähnlicher Abschluß getätigt worden. Schließlich mußten auch die Banken einlenken und ihren Beschäftigten wieder 100 Prozent zahlen. Es hat sich also gelohnt. Dieser Abschluß ist nicht nur ein Resultat unserer besseren Argumente. In erster Linie ist es zum wiederholten Male der Beweis dafür, daß Kämpfen lohnt. Hunderttausende von Metalloberinnen und Metallern sind in den letz-

ten Monaten auf die Straße gegangen, haben sich sogar während der Arbeitszeit an massiven Protestaktionen beteiligt. Haben ordentlich Druck gemacht. Haben sich vehement gewehrt. Wir haben deutlich gemacht, daß wir im Zweifel auch einen Arbeitskampf führen könnten und würden. Das war ausschlaggebend für den Erfolg! Aber auch etwas anderes haben wir mit unserem Ergebnis in Hannover erreicht: Die Bundesregierung in Bonn hat mit der Änderung des Entgeltfortzahlungsgesetzes Schiff-

bruch erlitten. Bundeskanzler Kohl ließ durch seinen Sprecher verkünden, daß die „Arbeitgeber dafür die Verantwortung tragen“, wenn der „Handlungsspielraum, den ihnen der Gesetzgeber eröffnet hat, nicht genutzt wird“. FDP-Vorsitzender Wolfgang Gerhardt warf den Arbeitgebern den totalen Zusammenbruch ihrer Verhandlungsstrategie vor. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rudolf Scharping, kündigte an, dieses Gesetz – wörtlich „diesen Schwachsinn“ – sofort wieder abzuschaffen, wenn die Opposition an die Regierung kommt.



# Angriff auf Tarifvertrag: Die alten markigen Sprüche

Nachdem sich die Arbeitgeber bundesweit zunächst gegenseitig die Schuld an dem „Desaster“ (Tyll Necker) zugeschoben haben, fanden sie nur zwei Tage später zu den alten markigen Sprüchen zurück: Gesamtmetall-Chef Stumpfe forderte die Abschaffung des Streikrechts.

Es müsse „Arbeitskampfmittel“ geben, die so gut seien, „daß wir den Streik nicht mehr brauchen“ sagte der oberste Verbandsvertreter der Metallarbeitgeber.

Kurz vor Jahreswechsel forderte BDI-Präsident Olaf Henkel, daß Betriebsräte Tarifverträge abschließen sollten. Ein klarer Angriff auf die Gewerkschaften. Begründung: Henkel beklagte die angeblich große Macht der Gewerkschaften in Deutschland. Als Beispiel führ-

te er die Auseinandersetzung um die 100prozentige Lohnfortzahlung an.

Mit anderen Worten: Henkel will die Gewerkschaften ausbooten, weil sie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach seiner Ansicht zu viel durchsetzen. Er will die Betriebsräte zwingen, Tarifverträge zu verhandeln, weil er sie dann besser unter Druck setzen kann.

Von einer Schwäche der Arbeitgeber kann also keine Rede sein. Im Gegenteil: Kaum sind ihre selbst beigebrachten Wunden verheilt, blasen die Falken unter ihnen wieder zum Angriff auf Gewerkschaften und den Flächentarifvertrag. Wie wichtig der Flächentarifvertrag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allerdings ist, hat die jüngste Auseinandersetzung um die Lohn-

fortzahlung erst gezeigt. Und Olaf Henkel hat dies unfreiwillig bestätigt.

Die IG Metall im Bezirk Hannover wird in diesem Jahr eine Kampagne für den Flächentarifvertrag starten. Erst der Flächentarifvertrag und die Tarifautonomie schützen Beschäftigte und Betriebsrat vor Erpressung, Lohndumping und

die Durchlöcherung von Arbeitnehmerrechten. Tarifverträge werden oft leichtfertig als gegeben, als der Normalfall hingenommen. Wie die Welt ohne Tarifverträge aussehen würde, zeigt die Tabelle unten am Beispiel der Lohnfortzahlung. Deshalb gilt: Der Flächentarifvertrag ist ein hohes Gut. Wir werden ihn schützen!

## Tarifverträge gelten nur für Mitglieder der IG Metall

**Rechtsanspruch** auf Leistungen aus den Tarifverträgen haben nur Mitglieder der IG Metall. Das gilt nicht nur für die Lohnfortzahlung. Nur eine starke IG Metall kann gute Tarifverträge abschließen.

### Werde Mitglied der IG Metall!

Beitrittserklärungen gibt es bei den Vertrauensleuten oder dem Betriebsrat

## Reaktionen der Presse:

# „... der Gesetzgeber schwer blamiert“

Die Presse reagierte positiv auf das „Überraschungsergebnis“ aus Hannover. Hier einige Auszüge aus den Kommentaren vom 6. Dezember 1996:

„IG Metall und Metallindustrielle in Niedersachsen haben sich nicht beeindrucken lassen: Stück für Stück bastelten sie an ihrem Tarifvertrag, vereinbarten Maßnahmen zur Beschäftigung und für mehr Lehrstellen. Es liegt in der Logik dieser konstruktiven Gespräche, daß am Ende auch das Eis beim Streitthema Nummer eins gebrochen werden konnte.“

(Neue Presse, Hannover)

„Der Tarifabschluß ist vernünftig. Beide Seiten mußten zurückstecken. Gewonnen haben auf jeden Fall die Tarifautonomie, der Flächentarifvertrag, die Metall- und Elektroindustrie insgesamt, schließlich der Wirtschafts-

standort Deutschland. Das Tarifsysteem hat sich wieder einmal bewährt.“

(Hannoversche Allgemeine Zeitung)

„Kein Zweifel besteht (...) daran, daß die IG Metall im von der Kürzung der gesetzlichen Entgeltfortzahlung von 100 auf 80 Prozent des letzten Bruttoeinkommens ausgelösten Machtkampf (...) symbolisch den Sieg davongetragen hat.“

(Handelsblatt, Düsseldorf)

„Alles in allem handelt es sich beim Niedersachsenabschluß um eine pragmatische, innovative Lösung. ... (Dieser) Vertrag (ist) vom Grundgedanken getragen (...), nicht die kranken Arbeitnehmer zu bestrafen, sondern die Unternehmer zu belohnen, die etwas zur Senkung der Krankenstände beitragen.“

(Süddeutsche Zeitung, München)

## Tarifverträge schützen

	Gesetz	Tarifvertrag
Höhe der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall	80 Prozent	100 Prozent
Beginn der Lohnfortzahlung bei Neueintritt	Nach vier Wochen	sofort
Höhe der Lohnfortzahlung bei Kuren	80 Prozent	100 Prozent
Verrechnung von Urlaubstagen bei Kuren	Zwei Tage pro Woche	Keine

„... jetzt haben die Niedersachsen – wie vor drei Jahren – gezeigt, daß Tarifpolitik mit Vernunft und Augenmaß betrieben werden kann.“

(Frankfurter Rundschau)

„Die Arbeitgeber haben die Politik in die gesetzliche Vorgabe getrieben, die nun wieder von den Tarifpartnern wegverhandelt wird. Das wird die Koalition nicht vergessen.“

(Westfälische Nachrichten, Münster)

„Wenn Hannover Schule macht, (kann dies) das soziale Klima in dieser Republik wieder etwas erträglicher machen.“

(Kölner Stadtanzeiger)

„Diese Gewerkschaft hat versprochen zu kämpfen, bis die Lohnfortzahlung bleibt. Das hat sie gehalten.“

(BILD, Hamburg)

„Daß sie (die Lohnfortzahlung) bis zum Jahr 2001 bei hundert Prozent festgeschrieben bleibt, ist die eigentliche Sensation.“

(Stuttgarter Zeitung)

„Die Kürzung der 100prozentigen Lohnfortzahlung (...) ist nun in Deutschland nicht mehr möglich, der Gesetzgeber schwer blamiert.“

(Der Spiegel)



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.12.1996, Nr. 285/49, S. 1

## Hundert Prozent

ank. Unbeugsam in den Prinzipien, elastisch in der Ausgestaltung: So ist sie, die IG Metall. Während die Arbeitgeber seit Monaten wie Halme schwanken zwischen dem Lob des Flächentarifs und der Faszination vom Charme einer betrieblichen Öffnung, während dieselben Unternehmer hintereinander als Rambos oder Weichlinge auftreten, will die IG Metall immer nur das eine: **hundert Prozent Lohnfortzahlung für Kranke**. Dieses Ziel ist jetzt erreicht; die IG Metall hat gesiegt. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Gewerkschaft jeden mit Arbeitskampf bestrafen wird, der jetzt noch außerhalb Niedersachsens für eine Einschränkung der Lohnfortzahlung die Hand heben wird. Der Abschluß bestimmt die Richtung.

Dieses Ergebnis aus Hannover ist nicht ohne Witz, hat es doch das neue Entgeltfortzahlungsgesetz auf den Kopf gestellt. Während die Bundesregierung und die Bundestagsmehrheit, von den Arbeitgebern gerufen, eine geringe Minderung der Lohnzusatzkosten erlaubten, werden alle Tarifverträge jetzt peinlichst darauf achten, daß dieses Gesetz niemals angewandt wird. Selbst in Regionen, deren Tarifverträge einen Abschlag zugelassen hätten, wird das Verbot gelten. Ein minimaler sozialpolitischer Systemwechsel wurde verhindert. Weder soll gelten, daß Arbeit besser bezahlt wird als Nichtarbeit, noch darf es in die Entscheidung des einzelnen gestellt sein, ob er einen geringen Entgeltausfall bei Krankheit zu tragen bereit ist oder dieses Risiko lieber versichern möchte. Zum Pochen aufs Prinzip gehört auch, daß in den neuen Verträgen zum Thema Tariföffnung für gefährdete Unternehmen nicht mehr steht als unverbindliche Absichtsformeln.

Außerhalb des Prinzips ist freilich vieles möglich. Die Basis für alle Sonderzahlungen ist jetzt der Grundlohn: Wer hätte es nicht als ungerecht empfunden, daß das Krankengeld nach Sonderschichten höher war als der Lohn jener, die zur Arbeit kamen? Auch die Gesamtkosten von rund einem Prozent, die auf die Unternehmen zukommen, sind - gemessen nicht nur an der Fünf-Prozent-Forderung der Gewerkschaft - moderat. Sie werden zumindest das Wachstum, das die Experten schüchtern erwarten, nicht erwürgen. Ob das Ergebnis freilich zu einer Linderung der Not am Arbeitsmarkt beiträgt, darf man bezweifeln. Man sollte noch einmal aufs Prinzipielle zurückkommen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main  
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.12.1996, Nr. 285/49, S. 1

## Hundert Prozent *Lohnfortzahlung* Abschluß in der niedersächsischen Metallindustrie

IG Metall sieht ein Modell / Arbeitgeber zurückhaltend / Schulte: Das Gesetz ist überflüssig

ank. FRANKFURT, 5. Dezember. In der Metall- und Elektroindustrie Niedersachsens werden bei Krankheit die Löhne und Gehälter zu hundert Prozent gezahlt. Diese Regelung hat Bestand bis zum Jahr 2001. Zugleich werden im nächsten Jahr die Entgelte um 1,5 Prozent und 1998 um 2,5 Prozent erhöht. Darauf haben sich die Tarifpartner der Region am Donnerstag geeinigt. Die Gespräche waren überraschend anberaumt worden, nachdem zuvor zentrale Verhandlungen zwischen den Verbandsspitzen und regionale Gespräche in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gescheitert waren.

Während der Arbeitgeberverband Gesamtmetall am Donnerstag sich einer Bewertung des Ergebnisses enthielt und die Frage nach der Übernahme des Vertrags in anderen Bezirken unbeantwortet ließ, lobte die IG Metall den Abschluß. Die Gewerkschaft sprach der Vereinbarung Vorbildfunktion zu, auch wenn in Details davon abgewichen werden könne. "Die Lohnfortzahlung bei Krankheit ist sauber geregelt", sagte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Riester. Seine Gewerkschaft werde in dieser Frage in anderen Bezirken nicht hinter das in Niedersachsen erreichte Ergebnis zurückweichen. Das niedersächsische Ergebnis hätten die Arbeitgeber nach Riesters Worten schon vor Wochen erhalten können. Dies sei aber am Veto des Zentralverbandes gescheitert. Nun sei der Druck zu einem Abschluß aus den Betrieben auf die Verbände offenbar stärker geworden, sagte Riester.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Schulte, nannte das Abkommen einen Beleg dafür, daß die Arbeitnehmer nicht bereit seien, sich dem neuen Gesetz zur Entgeltfortzahlung zu beugen. Auch alle in anderen Branchen getroffenen Vereinbarungen schrieben die Lohnfortzahlung zu hundert Prozent fest. Das neue Gesetz, das eine Senkung des Lohns bei Krankheit auf achtzig Prozent zuläßt, sei überflüssig. Verabredungen, wie sie jetzt von den Tarifpartnern getroffen wurden, seien auch schon im Gespräch gewesen, lange bevor das Gesetz verabschiedet worden sei. Zugleich sei nun aber auch die Handlungs- und Kompromißfähigkeit der Tarifpartner unter Beweis gestellt worden. Auch die übrigen "treuen Vasallen der Bonner Koalition" im Lager der Arbeitgeber, vor allem bei den privaten Banken, sollten jetzt ihre Haltung überdenken, forderte Schulte.

Gesamtmetall will sich erst nach einer Mitgliederversammlung am Sonntag zum niedersächsischen Abschluß äußern. Die regionalen Verbände entscheiden nach Angaben



des Arbeitgeberverbandes dann in den kommenden Wochen darüber, ob sie den Abschluß übernehmen wollen. In keinem Fall sei das Verhandlungsergebnis von Hannover aber für die neuen Bundesländer tragbar. Um weitere Kostenbelastungen zu vermeiden, müsse deshalb im Osten nachverhandelt werden. Wie zu hören ist, soll es bei den Verhandlungen zu deutlichen Mißstimmigkeiten innerhalb der Arbeitgeberverbände gekommen sein. Während aus einigen anderen Verbänden den Niedersachsen vorgeworfen worden war, der Abschluß sei zu teuer, befürchtete der niedersächsische Verband, ein späterer Vertrag in einer anderen Region werde auf jeden Fall die Arbeitskosten stärker belasten. (Fortsetzung Seite 2.)

Die Tarifparteien in Niedersachsen bewerteten den Vertrag positiv. Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, Kröncke, sprach von einem "Erfolg der Sozialpartnerschaft" in der Metallindustrie. Allerdings habe man die Chance zur Kostensenkung nicht nutzen können. Dafür sei aber ein Streik verhindert worden, der auch die niedersächsische Metallindustrie direkt betroffen und den Ruf des Standortes beschädigt hätte. Die Arbeitgeber berechnen das Volumen des Abschlusses im ersten Jahr mit weniger als einem Prozent; im zweiten Jahr mit rund 1,9 Prozent.

Im einzelnen sieht der Tarifabschluß für die niedersächsische Metallindustrie vor, daß die Löhne und Gehälter vom 1. April 1997 an um 1,5 Prozent und vom 1. April 1998 an um 2,5 Prozent angehoben werden. Für die ersten drei Monate im Jahr 1997 erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von insgesamt 200 Mark. Als Ausgleich dafür, daß die Entgeltfortzahlung bei 100 Prozent bleibt, wird das Weihnachtsgeld, das bislang in seiner Endstufe 60 Prozent eines Monatsentgelts beträgt, um fünf Prozentpunkte gesenkt. Das entspricht nach Angaben des Arbeitgeberverbandes einem rechnerischen Rückgang von insgesamt zehn Prozent. Zugleich muß aber die auf dem Stand des Jahres 1993 eingefrorene Berechnungsgrundlage für das Weihnachts- und Urlaubsgeld den heutigen Löhnen angepaßt werden, was zu einer Kostenbelastung der Unternehmen in Höhe von 1,2 Prozent führt. Der Tarifvertrag für Lohn und Gehalt hat eine Laufzeit von zwei Jahren bis zum 31. Dezember 1998. Die Regelungen zur Entgeltfortzahlung sind bis zum Jahr 2001 gültig.

Zur Senkung des Krankenstandes können die Betriebsparteien außerdem durch freiwillige Betriebsvereinbarungen ein Bonussystem entwickeln, wodurch Mitarbeiter, die seltener krank sind, eine höhere Zahlung erhalten. Mitarbeitern, die länger oder häufiger krank sind, kann dagegen das Weihnachtsgeld gekürzt werden. Der Vertrag läßt offen, ob solche Anreizsysteme für ganze Belegschaften kollektiv oder als Prämien für einzelne Mitarbeiter ausgezahlt werden; auch darüber sollen sich die jeweiligen Betriebsparteien einigen. Wer länger als sechs Wochen krank ist, erhält einen Zuschuß zum Krankengeld der Kassen in Höhe von 150 DM.

Bei der Berechnung der Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, zusätzliches Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) werden künftig Überstunden und



Zuschläge für die Überstunden nicht mehr berechnet. Damit werden die Arbeitskosten nach Berechnungen des Verbandes um insgesamt 1,4 Prozent gesenkt. Von diesem Modell profitieren auch nach Einschätzung der Arbeitgeber freilich nur solche Unternehmen, die bislang nicht durch flexible Arbeitszeiten oder Automatisierung die Arbeitszeiten den Maschinenlaufzeiten angenähert haben. Denn nur dort gibt es bezahlte Mehrarbeit; in flexiblen Arbeitszeitmodellen ist dagegen Mehrarbeit (und deren zusätzliche Bezahlung) meist abgeschafft.

Die CDU-Sozialausschüsse haben die Einigung als "Sieg der Vernunft" begrüßt. Der stellvertretende CDA-Vorsitzende Arentz sagte, der Abschluß sei eine sehr gute Lösung und könne Vorbild für andere Regionen und andere Branchen sein. Er habe Pilotfunktion. Es sei bewiesen, daß es möglich sei, sich im Konsens zu einigen. Das widerlege auch die Argumentation führender Arbeitgebervertreter, die meinten, der Konsens in der Bundesrepublik habe ausgedient. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Scharping, sprach von einem wichtigen Durchbruch und dankte der IG Metall für ihr "verantwortliches Handeln". Der CDU-Wirtschaftsexperte Ost sagte, die Kürzung der Lohnfortzahlung sei offenbar "nicht ganz so dringend" gewesen, wie das von Arbeitgeberseite immer dargestellt worden sei. Die Mittelstandsvereinigung der CDU nannte die Vereinbarung über die volle Lohnfortzahlung bis zum Jahr 2001 falsch.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main  
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.12.1996, Nr. 287, S. 13

## Der Streit um die *Lohnfortzahlung* geht weiter

Krisensitzung bei Gesamtmetall / Niedersächsische Arbeitgeber kritisiert / Zwickel droht mit Streik

ank. FRANKFURT, 8. Dezember. Der Streit um die Lohnfortzahlung ist auch nach dem Tarifabschluß für die niedersächsische Metallindustrie nicht beigelegt. Während SPD und Gewerkschaften die Regierung aufgefordert haben, so schnell wie möglich das neue Gesetz zurückzuziehen, hat sich die Kritik am Verhalten der niedersächsischen Arbeitgeber zugespitzt. Gesamtmetall-Präsident Werner Stumpfe sagte, Gesamtmetall werde keine Übernahme-Empfehlung an andere Bezirke erteilen. Klar sei aber auch, daß andere Bezirke keine Chance hätten, sich von den "Grundzügen" des Tarifvertrags zu distanzieren. Der Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, hat die Arbeitgeber eindringlich gemahnt, den neuen Vertrag "schnell und ohne großes Geschrei" auch in allen anderen Tarifgebieten anzuwenden. Die IG Metall droht den Arbeitgebern mit Streik, wenn sie nicht überall die Lohnfortzahlung zu hundert Prozent garantieren.

Anlaß zur Kritik bei Gesamtmetall haben sowohl der Inhalt wie auch das Zustandekommen des neuen Vertrages gegeben. Regionalverbände haben nicht nur kritisiert, daß jetzt der neue Tarifvertrag entgegen der ursprünglich angekündigten Absicht von Regierung und Arbeitgebern die Lohnfortzahlung zu hundert Prozent garantiert. Bemängelt wird auch, daß der neue Lohnabschluß die angekündigte Neutralität der Kosten nicht einlösen könne. Trotz der Erleichterungen beim Weihnachtsgeld und einer Veränderung der Bemessungsgrundlage für alle Sonderzahlungen ergibt sich auch nach Angaben von Gesamtmetall aber immer noch eine Kostenbelastung im kommenden Jahr von rund einem Prozent und im Jahr 1998 von 1,9 Prozent.

Großes Unverständnis erweckt aber auch das Zustandekommen des niedersächsischen Vertrages. Gegen den ausdrücklichen Rat der Verhandlungsführer von Baden-Württemberg und Bayern, Klaus Fritsche und Rainer Hildmann, und offenbar auch gegen die Beschlußlage der Versammlung aller Mitglieder von Gesamtmetall hat der Verhandlungsführer von Niedersachsen, Wolfgang Niemsch, den neuen Tarifvertrag unterschrieben. Der Verband habe sich unsolidarisch verhalten, werfen ihm die anderen Regionen vor. Eine Woche zuvor hatte sich der Verhandlungsführer von Nordrhein-Westfalen an den Einspruch von Gesamtmetall-Präsident Werner Stumpfe gehalten, die Unterschrift verweigert und die Verhandlungen scheitern lassen. Daß gerade Niedersachsen Pilotfunktion in dem zugespitzten Streit erhalten soll, wird von den anderen Regionen auch deshalb mit Unverständnis quittiert, weil die niedersächsische Metall- und Elektroindustrie im nationalen Vergleich nicht von großer Bedeutung ist. Das



einziges Großunternehmen, das Volkswagenwerk, gehört dem Verband nicht an und hat einen Haustarifvertrag. Der Verhandlungsführer der IG Metall in Niedersachsen, Jürgen Peters, hat ursprünglich eigenmächtig gehandelt, sich dann aber aus der Frankfurter Gewerkschaftszentrale die nötige Rückendeckung für ein aus IG-Metall-Sicht akzeptables Ergebnis verschafft.

Für den Verband der Metallindustriellen Niedersachsens (VMN) ist ein Tarifabschluß dagegen dringend geboten, weil man den anderen Regionen nicht zugetraut habe, ein besseres Ergebnis auszuhandeln. Die Niedersachsen haben deshalb auf die Kritik von Gesamtmetall ausgesprochen gekränkt reagiert. Man erinnert daran, daß gerade der bayerische Verband nach einem verlorenen Streik vor zwei Jahren ein desaströses Ergebnis präsentiert habe, das ungleich teurer gewesen sei als der jetzt zustande gekommene Vertrag in Niedersachsen. Um also noch größeren Schaden von den Unternehmen abzuwenden, habe man jetzt den Tarif abgeschlossen, heißt es in Hannover.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main  
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.1996, Nr. 288, S. 13

## Stumpfe für Änderung des Streikrechts

Ablehnung bei Gewerkschaften und Politik / Metall-Tarifverhandlungen

ank. FRANKFURT, 9. Dezember. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Werner Stumpfe, stieß am Montag auf Ablehnung mit einer Bemerkung, man solle das Streikrecht in Deutschland ändern. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Dieter Schulte, warf Stumpfe vor, er wolle Feuer mit Benzin löschen. Es sei schwer vorstellbar, daß die Arbeitgeber insgesamt einen völlig unangebrachten neuen Großkonflikt mit den Gewerkschaften vom Zaun brechen wollten. Das Streikrecht sei jedenfalls kein geeignetes Mittel, um die Krise eines Arbeitgeberverbandes und seines Vorsitzenden zu lösen, sagte Schulte.

Auch führende Politiker lehnten Stumpfes Vorstoß ab. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte nach Angaben von Regierungssprecher Herbert Schmülling, ein Eingriff in die Tarifautonomie und das Streikrecht sei abwegig. Der FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt sagte, er habe für die Forderungen Stumpfes kein Verständnis. Zugleich kritisierte die FDP die mißglückte Strategie der Arbeitgeber bei ihrem Versuch, das neue Entgeltfortzahlungsgesetz umzusetzen. Nach Angaben eines Gesamtmetallsprechers wurde Stumpfes Bemerkung aus dem Zusammenhang gerissen. Stumpfe habe vor allem die Praxis des Arbeitskampfes und die herrschende Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts kritisiert.

Unterdessen werden in mehreren Regionen der Metallindustrie die Tarifgespräche wiederaufgenommen. Der Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, hat den Erhalt der vollen Lohnfortzahlung nach der Krisensitzung der Arbeitgeber begrüßt und den Erfolg seiner Gewerkschaft gelobt. Neun Monate nach Inkrafttreten des verschlechterten Lohnfortzahlungsgesetzes habe die IG Metall dafür gesorgt, daß auch künftig Kranksein nicht bestraft werde. Das sei ein klarer Sieg für die IG Metall. Jetzt müßten die anderen regionalen Arbeitgeberverbände dieses Ergebnis auf Punkt und Komma übernehmen. Außerdem sollten die Arbeitgeber endlich ihren Verband in Ordnung bringen, forderte Zwickel.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main  
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.1996, Nr. 288/50, S. 1

## Ein Gesetz ohne Folgen

Von Rainer Hank

Die Niederlage der Arbeitgeber könnte schwerer kaum gedacht werden. Ein Gesetz ist gescheitert. Da bedrängen die Spitzenverbände der Wirtschaft die Regierung seit Jahren, die Last der Lohnzusatzkosten zu mildern. Gegen Gegrummel aus den Reihen der Sozialpolitiker und unter lautem Schimpfen der Gewerkschaften verabschiedet das Parlament schließlich mit der Kanzlermehrheit ein Gesetz, das es erlaubt, die von den Unternehmen voll zu zahlenden Löhne während einer Krankheit um 20 Prozent zu kürzen oder mit Urlaubstagen zu verrechnen: doch die Arbeitgeber knicken, nach etlichen verbalen Kraftmeiereien, schließlich kleinlaut ein und schreiben die volle Lohnfortzahlung sogar vertraglich bis über die Jahrtausendwende hinweg fest.

Übrig bleibt ein Gesetz, aber keiner wendet es an. Die neuen Manteltarife, die jetzt in vielen Branchen abgeschlossen werden, gehen so weit, ein Verbot zu formulieren, das Gesetz umzusetzen. Während die Tarifpartner sich bislang um die Lohnfortzahlung nicht sonderlich kümmern mußten, weil der Gesetzgeber dem Arbeitgeber ohnehin gebot, für sechs Wochen die Entgelte in voller Höhe fortzuzahlen, begnügten sich die Tarifverträge mit einem Verweis auf das Gesetz. Um künftig alle Auslegungstreitigkeiten über deklaratorische oder konstitutive Formeln auszuschließen, ignorieren die neuen Vertragstexte das Entgeltfortzahlungsgesetz. Der Anspruch auf hundert Prozent Lohn gelte "unabhängig von der jeweils geltenden gesetzlichen Regelung", heißt es in schöner Klarheit in dem von beiden Parteien unterschriebenen neuen Vertrag für Niedersachsen.

Machtpolitisch ist das eine Niederlage für die Arbeitgeber, sozialpolitisch und ökonomisch ist es fragwürdig. Aber das Verfahren ist rechtlich in Ordnung. Auch wenn die Verfassungsrechtler noch streiten, ob die Lohnfortzahlung zum tariflichen Kernbereich zählt: Solange Tarifautonomie gewollt ist, sollen die für die Arbeitsbedingungen zuständigen Verbände ihre Angelegenheiten selbst regeln. Der Gesetzgeber, so die dahinterstehende Auffassung, ist dieser Arbeitswirklichkeit weniger nah; deshalb soll er sich damit begnügen, den Rahmen vorzugeben und den Tarifpartnern Spielräume zu eröffnen. Jene Politiker, die jetzt, die Tarifautonomie beschwörend, ihre Hände in Unschuld waschen, reden indessen ein bißchen an der Sache vorbei: Wie gespalten muß die Koalition denken, wenn ihr die Umsetzung ihres Gesetzes egal ist? Warum hat die Regierung, vor allem der Innenminister, in der Eigenschaft als öffentlicher Arbeitgeber, nichts dazu getan, den Willen zur Umsetzung zu dokumentieren? Mit unschuldiger Miene und klammheimlicher Freude wurde zur Kenntnis genommen, daß der Konflikt sich vom Bonner Hofgarten auf die Fabrikhöfe



## Untertürkheims verlagerte.

Daß es zu dieser Unterwerfungsgeste der Arbeitgeber kommen konnte, hat mehrere Gründe. Das Thema Krankheit erweist sich offenbar als besonders ungeeignet, um einen sozialpolitischen Systemwechsel in Richtung zu mehr Eigenverantwortung einzuleiten. Weil die Menschen bis heute ihre Krankheit als unverschuldete Strafe interpretieren wollen, konnte die Mobilisierung der Gewerkschaften so erfolgreich sein, der Kranke dürfe nicht zusätzlich noch mit Lohneinbußen belegt werden. Für fünf Prozent mehr Lohn läßt sich keiner in den Streik schicken; für die volle Lohnfortzahlung haben Arbeiter der Süßwarenindustrie die Herstellung von Lebkuchen verhindert und vornehme Banker sich im Regen vor ihre glitzernden Hochhäuser gestellt.

Hinzu kommt: Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat jetzt zum zweiten Mal vorgeführt, daß er nur noch eingeschränkt handlungsfähig ist. Auf die Katastrophe in Bayern vor knapp zwei Jahren folgte das Verbandsdesaster von Hannover: Wenn ein Landesverband der Gesamtmetallspitze und den Kollegen aus den anderen Regionen die Gefolgschaft kündigt, ist dies eigentlich das Zeichen dafür, daß Gemeinsamkeit nicht mehr zu erreichen ist. Wenn, wie im September geschehen, viele Mitgliedsunternehmen sich offen der Vorgabe widersetzen, bei Krankheit die Löhne zu kürzen, hat ein Verband offenbar seine Autorität verspielt. Das ist die empirische Basis der Vermutung, der Verbandstarif sei gefährdet. Womit will ein solcher Verband noch Mitglieder werben? Ob es in dieser Situation gut ist, daß der Präsident von Gesamtmetall die Ohnmacht der Arbeitgeber dadurch noch zur Schau stellt, daß er ständig ihre Hilflosigkeit im Arbeitskampf an die Wand malt? Dahinter verbirgt sich doch nur abermals das Eingeständnis, daß Verbandssolidarität nicht mehr eingelöst werden kann.

Indessen verstellt der Blick auf das Kränkeln von Gesamtmetall die Wahrnehmung dessen, was die Mediziner den sekundären Krankheitsgewinn nennen: Denn auch die IG Metall muß für ihren Sieg einen Preis zahlen. Ohne viel Getöse hat die Gewerkschaft einer Lohnzahl zugestimmt, die zumindest für das erste Jahr alle Stabilitäts- und Wachstumsziele einhält und den Arbeitsmarkt nicht noch zusätzlich bedroht. IG-Metall-Chef Zwickel hat einer Lohnerhöhung unterhalb der Inflation zugestimmt, ein Zugeständnis, welches das "Bündnis für Arbeit" noch an die irreale Verbandszusage von 100000 Arbeitsplätzen binden wollte. Schließlich bringen Abschläge beim Weihnachtsgeld und eine neue Berechnungsbasis der Sonderzahlungen für eine Reihe von Unternehmen deutliche Entlastungen. Nur Zyniker können freilich sagen, diesen Vorteil hätten die Arbeitgeber dem neuen Gesetz über die Lohnfortzahlung zu danken. Es bleibt dabei: Ein wichtiger erster Versuch einer Kurskorrektur ist gescheitert.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main  
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)